



HESSISCHER LANDTAG

Dringlicher Berichts Antrag

der Abg. Sarah Sorge und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

betreffend Geschäftsgebaren der European Business School und Förderung des Landes

Die Landesregierung wird ersucht, im Ausschuss für Wissenschaft und Kunst über folgenden Gegenstand zu berichten:

1. Laut Presseberichten hat die Deutsche Post die vierte Tranche in Höhe von 62.500 Euro (insg. 250.000 Euro) für ihre Stiftungsprofessur an der European Business School (EBS) einbehalten, da die satzungsgemäße Verwendung der Mittel der ersten drei Tranchen bisher nicht nachgewiesen sei. Darüber hinaus behält sich die Post auch Rückforderungsansprüche vor (vgl. Wirtschaftswoche Nr. 48 vom 28.11.2011; Wiesbadener Kurier vom 29.11.2011). Wie beurteilt die Landesregierung das Verhalten der Post und sieht sie darin ein verantwortungsvolles unternehmerisches Handeln?
2. Ist der Landesregierung zwischenzeitlich bekannt, welche internen Kontrollmechanismen die EBS eingeführt hat, sodass sichergestellt werden kann, dass die Landesmittel tatsächlich zweckgemäß verwendet werden?
3. Die Medienberichte über eine mögliche Insolvenz der EBS nehmen zu. Hat die Landesregierung Kenntnis über die finanzielle Lage der EBS und ist ihr bekannt, ob die EBS im Falle einer Insolvenz in der Lage wäre die Landesförderung zurückzuzahlen?
4. Wie weit sind die Planungen für die Nutzung der Liegenschaft des ehemaligen Amts- und Landgerichts Wiesbaden durch die EBS gediehen und wie viele Sach- und Personalmittel hat das Hessische Immobilienmanagement hierfür bereits verausgabt?
5. Die Wirtschaftswoche berichtet in ihrer aktuellen Ausgabe über ein Strategietreffen im Jahr 2009, nach dem der damalige Präsident Christoper Jahns dargelegt haben soll, wie ausschließlich für Law School geplante Gelder ,auch für die Business School mit verwendet werden könnten'. Wie beurteilt die Landesregierung diese Äußerung?

6. Wie ist es zu der Entscheidung für das sogenannte Drei-Säulen-Modell aus Business School, Aufbau Law School und Gründung der Universität gekommen, wonach das Land zwei Drittel der Gemeinkosten bezahlt, und wer war von Seiten des Landes an dieser Entscheidung beteiligt?
7. In der Presseinformation der EBS vom 29. November 2011 heißt es unter anderem: „Unsere Kapitalbasis ist so stabil, dass wir bereits Mitte November das Hessische Ministerium für Wissenschaft und Kunst gebeten haben, die letzte für dieses Jahr noch ausstehende Fördermittelrate von einer Million Euro nicht mehr auszuführen und ins nächste Jahr vorzutragen.“ Hat das HMWK diesem Wunsch stattgegeben und wenn ja, wie verhält sich das zu der bisherigen Aussage, dass nicht die Finanzlage der EBS, sondern der Fortschritt beim Aufbau der Law School die Auszahlung der Mittel bestimmt?

Wiesbaden, den 30. November 2011

Der Fraktionsvorsitzende:

Tarek Al-Wazir

Sarah Sorge

Eingegangen am

Ausgegeben am